

Auszug aus der Niederschrift über die 25. Sitzung des Rates

Sitzungstermin: Donnerstag, den 05.12.2019
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende 22:41 Uhr
Ort: Sitzungssaal Rathaus

zu 4 Straßenausbaubeiträge; Prüfung Ablösung der gemeindlichen Straßenausbaubeitragssatzung
a) Kenntnisnahme Vortrag von Herrn Dr. J. Christian von Waldthausen, Hannover zur Refinanzierung straßenbaulicher Maßnahmen
b) Kenntnisnahme der verwaltungsseitigen Ausarbeitung zum Für und Wider zur "Ablösung der gemeindlichen Straßenausbaubeitragssatzung"
c) Beratung und Beschlussfassung zum weiteren Verfahren
Vorlage: 161/2019

Sach- und Rechtslage:

Aufgrund der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussion zur Abschaffung von „Straßenausbaubeiträgen“ hatte der Rat der Gemeinde Stadland in seiner Sitzung am 28.02.2019 der Verwaltung folgenden Prüfauftrag gegeben:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenbedingungen einschließlich der jeweiligen Vor- und Nachteile und künftigen Auswirkungen auf die Gemeinde für die Varianten

- *Straßenausbausatzung mit einmaligen Beiträgen,*
- *Straßenausbausatzung mit wiederkehrenden Beiträgen,*
- *Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung*

zu prüfen und das Ergebnis innerhalb der nächsten Monate dem Fachausschuss vorzulegen. Im Rahmen dieses Auftrages sind ebenfalls Ausführungen zur Anwendung der derzeitigen Straßenausbaubeitragssatzung in der Vergangenheit, die Höhe der veranlagten Ausbaubeiträge, die Kosten für damit in Zusammenhang stehende Rechtsstreitigkeiten und der bisherige personelle Aufwand zu geben. Der Inanspruchnahme möglicher externer Beratung wird zugestimmt. Die dafür erforderlichen Mittel sind in den Haushalt 2019 einzustellen.

Die Beschlussfassung hierüber soll im Laufe des Jahres erfolgen.

In Ausführung dieses Auftrages hat die Verwaltung Herrn Rechtsanwalt Dr. J. Christian von Waldthausen, Hannover gebeten einen Vortrag zur Refinanzierung von straßenbaulichen Maßnahmen im Gremium zu halten. Herr Dr. von Waldthausen ist Fachanwalt für Verwaltungsrecht u. a. mit dem Schwerpunkt öffentliches Baurecht und Abgabenrecht. Er ist Mitautor des Standardkommentars zum Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz und hat dort die Bereiche Steuern sowie Beiträge kommentiert.

Entsprechend dem v. g. Prüfauftrag hat die Verwaltung zur Anwendung der gemeindlichen Straßenausbaubeitragssatzung in der Vergangenheit, die Höhe der veranlagten Ausbaubeiträge, die Kosten für damit in Zusammenhang stehende Rechtsstreitigkeiten und den bishe-

rigen personellen Aufwand für die vergangenen 25 Jahre erarbeitet. Diese Ausarbeitung, einschließlich einer Beurteilung über das Für und Wider zu einer möglichen Abschaffung der gemeindlichen „Straßenausbaubeitragssatzung“ ist ebenfalls zur Kenntnisnahme beigefügt.

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden gemeinsam beraten, darüber wird jedoch einzeln abgestimmt.

Beschlussempfehlung:

Die gemeindliche Straßenausbaubeitragssatzung wird aufgelöst.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine neue Straßenausbaubeitragssatzung durch einen Rechtsanwalt erarbeiten zu lassen. Hierbei soll die Möglichkeit zur Einführung einer NULL-Ebene herangezogen werden. Es wird eine Sozialkomponente eingebaut. Die Finanzierung erfolgt ggf. durch Steuereinnahmen, um die Voraussetzung eines ausgeglichenen Haushalts zu erfüllen.

Außerdem sollen die Anlieger frühzeitig über die Planung informiert und daran beteiligt werden.

Vor der Fassung eines endgültigen Beschlusses soll die neue Satzung in einem öffentlichen Rahmen vorgestellt werden.

Es wird ein Informationsblatt für die Bevölkerung erstellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja 13 Nein 6 Enthaltung 1